

Leserbriefe

Ja zur Biogasanlage

Eine Biogasanlage in Richenthal? Nie! So reagieren Bewohner von Langnau und Richenthal sowie direkt betroffene Anwohner in der «Lupfen», wenn es um das Thema Biogasanlage geht. Dies ist eigentlich erstaunlich, entspricht doch dieses Projekt genau der ES 2050 (Energiesstrategie 2050) des Bundesrates. Mit dieser Strategie möchte der Bundesrat die Kernenergie durch erneuerbare Energien ersetzen und die Substitution von Erdöl und Erdgas beschleunigen.

Es erstaunt mich sehr, dass gerade bei Anwohnern in der «Lupfen», wo dieses Projekt geplant ist, derart starke Opposition zu hören ist. Viele dieser Anwohner leben und verhalten sich nämlich absolut umweltgerecht und handeln nachhaltig.

Ich gehe davon aus, dass uns allen bewusst ist, dass die fossilen Energieträger, also Erdöl und Erdgas, begrenzt sind. Trotzdem wird ohne Hemmungen ein Erdölfeld nach dem anderen ausgebeutet und die Erdgasvorkommen abgebaut, als gäbe es kein Morgen. Über Tausende von Kilometern muss zudem Benzin, Diesel und Heizöl zu uns Verbrauchern transportiert werden. Irgendwann in der Zukunft, niemand weiss genau wann, in 50, vielleicht in 70 Jahren, ist aber definitiv Schluss. Dann müssen andere Energieträger einsatzbereit sein, erneuerbare.

Was liegt daher näher, als die in der Region anfallende Biomasse (kommunales Grünzeug, Ernterückstände, Mist usw.) bereits jetzt zu erneuerbarer Energie in Form von Biogas zu verwerten? Gibt es etwas Sinnvolleres, als die Biomasse aus unserer Region auch in unserer Region zu verwerten, als noch viele Kilometer weiter bis zur Verwertung zu transportieren?

Was gibt es Sinnvolleres, als die regional anfallende Biomasse durch einen regionalen Gewerbetrieb zu verwerten zu lassen, der dadurch noch einige «saubere» Arbeitsplätze schafft?

Argumente gegen dieses Projekt sind demzufolge: Mehrverkehr, Emissionen und prekäre Verkehrssituation. Die seit 30 Jahren baufällige und zu schmale Strasse von Langnau nach Richenthal sollte aber gerade durch dieses Projekt

beim Gemeinderat Reiden Anlass zur Unterstützung einer Biogasanlage sein.

In den letzten 20 Jahren wurden im Kanton mehrheitlich Strassenprojekte in der Agglomeration von Luzern unterstützt. Gerade dieses regionale Projekt auf dem Gemeindegebiet von Reiden müsste deshalb für den Gemeinderat eine Motivation sein, beim Kanton mit Nachdruck die Sanierung dieser Strasse nach Richenthal zu fordern, damit dieses Projekt verwirklicht werden kann. Drehen Sie doch einfach den Spieß um, geschätzte Herren Gemeinderäte!

Der durch die Biogasanlage anfallende Mehrverkehr wäre durchschnittlich rund elf Fahrten (Lastwagen oder landwirtschaftliche Fahrzeuge) pro Tag auf der Achse Lupfen-Langnau. Dies wären rund ein bis zwei Fahrten mehr pro Stunde über die ganze tägliche Betriebszeit (zirka neun Stunden) verteilt. Da stellt sich unweigerlich die Frage: Nehmen wir als Bewohner des Dorfes Langnau ein bis zwei «Mehrfahrten» pro Stunde wahr? Dazu würden ja als Folge des Standortes «Lupfen» pro Jahr rund 125 000 Minus-Kilometer wegfallen.

Bleibt als letztes Argument gegen eine Biogasanlage in der «Lupfen» die Emissionen durch Gestank. Die Geruchsemissionen sind aber ganz einfach «unerheblich». Die neueste und bereits in verschiedenen Biogasanlagen eingebaute Filtertechnik ist absolut zuverlässig und nahezu geruchlos. Gemäss Angaben der Betreiber der geplanten Anlage (Stadtwerke Zofingen und Energie Wasser Bern) sollen, durch bauliche Massnahmen, die beim Entladen entstehenden Emissionen unterbunden werden.

Meines Erachtens ist die geplante Biogasanlage in der «Lupfen» am richtigen Standort und eine sinnvolle Investition in die Zukunft. Zurzeit kann das geplante Projekt noch als «fortschrittlich und zukunftsgerecht» eingestuft werden, in ein paar Jahren werden solche Anlagen eine Notwendigkeit sein, weil erneuerbare Energie fehlt. Also packen wir uns an, es gibt viel zu tun!

Hans Kunz Langnau,
Zentralpräsident der SMU



Gedenkfeier im Zeichen der «Energie»

Sempach. Ein spektakuläres Mittelalterfest mit Theaterszenen umrahmt auch in diesem Jahr die Gedenkfeier zur Schlacht bei Sempach. Ein besonderer Platz wird bei den verschiedenen Anlässen dem Themenschwerpunkt «Energie» eingeräumt. Die Festrede hält Oberst Daniel Anrig, Kommandant der Päpstlichen Schweizergarde. Die Festpredigt hält Prof. Dr. Markus Ries, Professor für Kirchengeschichte an der Universität Luzern. Gastgemeinde ist dieses Jahr Pfaffnau. Weitere Informationen: www.gedenkfeier-sempach.lu.ch

Foto Christian Berner

Grosshof: Ohne Geld kein Baubeginn

Wie steht es nun mit dem Ausbau des Untersuchungsgefängnisses Grosshof denn wirklich? Noch im Dezember 2012 haben ja der Regierungsrat und die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrates eine unzeitliche Realisierung abgelehnt. Getreu dem Motto: Wir haben die Unternehmenssteuern gesenkt, nun hat der Kanton kein Geld – selbst für unbestritten dringende Investitionen. Denn das Gefängnis Grosshof ist chronisch massiv überlegt, die Auslastung beträgt bis 125 Prozent.

Kaum vier Monate später soll nun alles ganz anders sein? Der Regierungsrat legt dem Parlament eine Botschaft für die Erweiterung Grosshof vor. In der Medienmitteilung behauptet die Regierung gar, der «frühestmögliche Baubeginn» sei bereits im kommenden Jahr 2014, dies soll «mit zusätzlichen Mitteln in der Investitionsrechnung möglich» sein. Eine aufmerksame Lektüre der

Botschaft ergibt jedoch: Die Regierung verliert kein Wort darüber, wo sie zusätzliche Mittel für Investitionen aufreiben kann oder will.

Daraus folgt: Da die bisherige Finanzplanung (inklusive Schuldenbremse) weiter gültig ist, beantragt die Regierung einen Baukredit, den sie frühestens ab 2016 umsetzen kann.

Eine Frage bleibt: Warum legt die Regierung nun eine Botschaft vor, obwohl sie nicht aufzeigen kann, wie sich der Grosshof-Ausbau in den kommenden beiden Jahren realisieren lässt? Zurzeit sehe ich zwei mögliche Antworten:

1. Der Regierungsrat will die Nationale Kommission zur Vermeidung von Folter beschwichtigen, da er dieser bereits vor zwei Jahren die Verbesserung der Zustände (insbesondere Überbelegung) im Grosshof angekündigt hatte. Damals schrieb er von einer Realisierung bis 2015.

2. Der Regierungsrat hat bemerkt, dass er – wie auch die bürgerliche Kantonsratsmehrheit – in der Öffentlichkeit zunehmend unglaubwürdiger erscheint, wenn er von einer geglückten Finanzstrategie spricht.

Welches Motiv auch immer hinter dem regierungsrätlichen Antrag steht, nachhaltige Politik sieht anders aus. Im Kanton Luzern ist das erarbeitete Brutto(inland)produkt in den vergangenen zehn Jahren um rund dreissig Prozent gewachsen, auch die Einwohnerzahl ist um rund zehn Prozent gestiegen. Doch der Kanton nahm 2012 weniger Steuern ein als er es 2003 tat.

Fazit: Die finanziellen Mittel wären also vorhanden, sofern sie dem Staat nicht vorenthalten würden.

Hans Stutz,
Kantonsrat Grüne, Luzern

Direkte Demokratie



Diesen Sonntag findet einmal mehr eine Volksabstimmung über zwei eidgenössische Vorlagen statt, dazu kommen Abstimmungen in diversen Kantonen und Gemeinden. Aber keine Angst: Ich will Ihnen hier nicht sagen, wie Sie «richtig» stimmen müssen, oder Ihnen ein Ja oder Nein für die eine oder andere Vorlage schmackhaft machen. Ich möchte Ihnen ganz einfach ans Herz legen:

WB-Podium

Martin Baumgartner*

Gehen Sie zur Abstimmung und nehmen Sie ein Recht wahr, wie es weltweit ist kein anderes Land bekannt, in welchem die Bevölkerung – und nicht die Regierung oder das Parlament – über alle wichtigen Sachfragen entscheiden kann. Wir dürfen als Schweizerinnen und Schweizer zu Recht stolz sein auf dieses System der unmittelbaren Mitsprache auf allen Ebenen des Staates, um welches wir von unzähligen Menschen in anderen Ländern beneidet werden.

Die oftmals erschreckend tiefe Stimmbeteiligung lässt vermuten, dass wir uns dieser Einmaligkeit gar nicht mehr richtig bewusst sind. Und das ist

schade. Natürlich kann es immer gute Gründe geben, nicht an einer Abstimmung teilzunehmen: Weil man mit der Materie zu wenig vertraut ist und sich kein Urteil zutraut, weil man sich allgemein nicht so sehr für Politik interessiert, weil man es schlichtweg vergessen hat usw. Oder vielleicht geht es uns zu gut, so dass wir uns gar nicht mehr so sehr mit all diesen Fragen beschäftigen wollen? Oder sind es einfach zu viele Urnengänge, zu denen wir gerufen werden, was die Gefahr in sich birgt, dass man den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sieht?

Wenn aber einmal ein Thema zur Abstimmung kommt, das den Menschen unter den Nägeln brennt, dann gehen sie auch zur Urne und drücken ihren Willen aus. Fragen, die richtungweisend für die Zukunft des Landes sind oder die einen hohen Emotionalitätsgrad aufweisen, vermögen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu mobilisieren. Daraus darf man schliessen, dass die Bevölkerung sehr wohl zu unterscheiden vermag zwischen wirklich wichtigen Vorlagen und etwas weniger wichtigen.

Es ist mitunter nicht ganz einfach, jemandem, der es nicht kennt, unser System der direkten Demokratie zu erklären. Wer nicht damit aufgewachsen ist, mag es kaum glauben, dass da das ganze Volk mehrmals im Jahr über verschiedenste Sachvorlagen entscheiden kann und nicht nur alle vier oder fünf Jahre seine Abgeordneten wählen darf. Das sei doch nicht möglich, hört man

da etwa, die Leute verstünden doch grösstenteils gar nicht, worum es eigentlich gehe, viele Vorlagen seien viel zu kompliziert. Es stimmt, dass einige Themen nicht ganz einfach verständlich sind; aber daraus abzuleiten, dass die Bevölkerung deshalb nicht darüber befinden könne, ist falsch. Zum einen gibt es in den Medien ungezählte Möglichkeiten, sich zu informieren, worum es genau geht, und das Für und Wider abzuwägen und zu einer persönlichen Entscheidung zu kommen. Andererseits zwingt die Tatsache, dass eine Sache dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden muss, die zuständigen Personen und Behörden – etwa den Bundesrat – dazu, eine Vorlage so zu erklären, dass sie auch von Laien verstanden werden kann.

Gerade in der letzten Zeit hat man beobachten können, dass sich politische Gruppierungen oder ganz einfach politisch aktive Menschen in anderen Ländern vermehrt für unser System der direkten Demokratie interessieren. Sie wünschen sich auch mehr Mitsprache und wollen mitentscheiden können, wenn es um wichtige Fragen geht. Vereinzelt gibt es denn auch mal eine Abstimmung, wobei das Ergebnis häufig nicht bindend ist und die Regierung sich immer noch anders entscheiden kann.

Die Argumente gegen mehr direkte Bürgerbeteiligung in einigen Ländern lassen manchmal den Verdacht aufkommen, die dortigen Regierungen hätten fast ein bisschen Angst vor der

eigenen Bevölkerung bzw. Angst davor, Macht abgeben zu müssen. Oder aber es fehlt das Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger, verantwortungsbewusst Entscheide zu fällen. Dass sie dies aber können, beweist die Schweiz immer und immer wieder: «Rache»-Abstimmungen, um «denen da oben» eins auszuwischen, gibt es kaum. Und schon öfters hat sich ein Abstimmungsergebnis, das von vielen Fachleuten kritisiert worden ist, auf lange Sicht als richtig erwiesen.

Das System der direkten Demokratie ist in unserem Land über Jahrhunderte (und besonders seit 1848) gewachsen, und so können wir uns als Schweizerinnen und Schweizer gar nichts anderes vorstellen. Natürlich hat es auch seine Schwächen: Gewisse Entwicklungen gehen nur sehr langsam voran, weil sie durch Volksentscheide gebremst werden. Oder was gerade in den letzten Jahren viel diskutiert worden ist: Einzelne Abstimmungsergebnisse stehen im Widerspruch zu internationalen Vereinbarungen. Und oft ist der Einfluss auch begrenzt, ob wir wollen oder nicht. Trotz dieser Schwächen und Grenzen ist die direkte Demokratie meiner Meinung nach wenn vielleicht auch nicht die beste, so doch die am wenigsten schlechte Staatsform, und ich möchte sie um keinen Preis gegen eine andere eintauschen.

Aber wir dürfen als Schweizer auch nicht überheblich sein und meinen, die direkte Demokratie sei die einzig richtige Form von Demokratie: Andere Länder haben andere geschichtliche und kulturelle Hintergründe und sind somit nicht einfach eins zu eins mit der Schweiz zu vergleichen. Gewachsene Systeme können nicht von einem Tag auf den anderen abgeschafft und durch neue ersetzt werden. Jedes demokratisch geführte Land muss letztlich selbst entscheiden, welchen Weg es einschlagen will. Aber es könnte fatal sein, wenn es dabei die Anliegen der Bevölkerung aus den Augen verliert. Etwa das Unbehagen vieler Bürgerinnen und Bürger aus EU-Staaten, die die Entscheidungsprozesse, die im fernen Brüssel ablaufen, nicht mehr durchschauen, und das Gefühl, dass über ihre Köpfe hinweg regiert wird. Der Ruf nach mehr Mitsprache wird in Zukunft wohl immer lauter werden, und die Politiker werden auf ihn hören müssen. Unser Schweizer Modell kann dabei durchaus als Orientierungshilfe dienen, aber nicht als Allheilmittel.

*In dieser Rubrik gibt der WB verschiedenen Persönlichkeiten aus dem Hinterland und dem Wiggertal Gelegenheit, sich regelmässig zu einem selbst gewählten Thema frei zu äussern.

Martin Baumgartner wurde 1960 in St. Urban geboren und ist dort aufgewachsen. Nach dem Studium der Heilpädagogik war er während vieler Jahre in verschiedenen Positionen in der Arbeit mit behinderten und psychisch kranken Menschen tätig. Heute arbeitet er an der Universität Freiburg i. Ue. als Redaktor der Fachzeitschrift VHN – Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete.